

Grundschule – und dann?

Länger gemeinsam lernen!

Die schulischen Übergänge in Deutschland sind für zehnjährige Kinder erhebliche Hürden. Sie führen zum Scheitern eines Teils der betroffenen Kinder. Nur das längere gemeinsame Lernen kann dies verhindern.

Von Diemut Kucharz



Dr. Diemut Kucharz ist Professorin für Schulpädagogik an der PH Weingarten und Direktorin des Zentrums für Elementar- und Primarbildung.
Kontakt: kucharz@ph-weingarten.de

Was internationale Vergleichsstudien wie TIMSS, IGLU und PISA nicht bewirkt haben, löste der Protest gegen die Auflösung von Hauptschulen in Oberschwaben aus: eine öffentliche Debatte über das Schulsystem Deutschlands. Das dreigliedrige Schulsystem hat sich in Deutschland nicht bewährt – auch wenn das Gegenteil immer wieder behauptet wird. Dagegen haben sich integrierte Schulsysteme anderer Länder bewährt, was in Deutschland vor den Ergebnissen der internationalen Leistungsstudien kaum für möglich gehalten wurde – zumindest in politisch konservativen Kreisen.

Berlin mit seiner sechsjährigen Grundschule habe keine höheren Kompetenzen hervorgebracht – wird vielfach vorgebracht. Das ist richtig, aber die Großstadt hat mit anderen Lernausgangslagen umzugehen als ein Flächenstaat wie Baden-Württemberg. Und die sechsjährige Grundschule hat mit so genannten grundständigen Gymnasien zu konkurrieren, in die vor allem Kinder aus besonders bildungsengagierten Familien nach der vierten Klasse wechseln.

Dennoch muss festgehalten werden: Allein eine andere Organisationsform macht das schulische Lernen nicht besser. Das bestätigt auch der Schulforscher Helmut Fend mit seiner Studie LIFE (Fend 2008). Von Ländern mit integrierten Schulsystemen können wir dagegen lernen, dass ein anderes Denkmuster in deren Schulen herrscht, man könnte auch sagen: ein anderes pädagogisches Ethos. In gegliederten Schulsystemen wird die Beweislast bei schlechten Leistungen auf das einzelne Kind abge-

wälzt: Es herrscht das Denkmuster vor: „Du bist auf dieser Schulart nicht richtig.“ In integrativen Systemen herrscht dagegen die Grundüberzeugung der Förderung vor: Wir dürfen kein Kind zurücklassen. „Was können wir tun, um dich zu unterstützen?“ Und dabei sind – das zeigt das Beispiel Finnland – die Lehrer/innen nicht allein gelassen: Schulpsychologen, Sonderpädagogen und Sozialarbeiter gehören selbstverständlich zum Schulkollegium und ermöglichen so Unterstützung ohne bürokratische Hürden und Zuständigkeitsgerangel, die viel Zeit und Energie rauben.

Lehrer/innen müssen aber auch gelernt haben, wie schulisches Lernen, das statt von Selektion von Förderung bestimmt ist, in einer heterogen zusammen gesetzten Lerngruppe organisiert und ermöglicht wird: Differenzierung und Anleitung zu selbstständigem und selbstgesteuerten Lernen sind unumgänglich. Die Grundschulpädagogik hat dafür bereits seit Jahrzehnten Konzepte entwickelt und erfolgreich eingesetzt, wenn auch nicht in dem Maße, wie es wünschenswert wäre. Auch in der Grundschule ist das gleichschrittige, vom Lehrer kontrollierte Voranschreiten im fragend-entwickelnden Unterrichtsgespräch die vorherrschende Unterrichtsform. Gleichwohl sind hier differenzierende Konzepte am verbreitetsten und die Grundschule die reformfreudigste Schulart Deutschlands. Im Vergleich zu den Sekundarschulen wird der Grundschule in den internationalen Vergleichsstudien auch erfolgreiche Arbeit bescheinigt: Die Viertklässler verfügen über eine hohe Kompetenz bei gleich-



In welche Schulart wird sie nach der Grundschule gehen? Die Schullaufbahnpfählung am Ende der vierten Klasse ist eine bedeutende Weichenstellung für die weiteren Lebenschancen des Kindes.

Foto: Ausserhofer

zeitig geringerer Leistungssteuerung, was bei den Fünfzehnjährigen nicht mehr zutrifft. Zwei Fragen drängen sich angesichts dieser Befunde auf: Was geschieht nach dem Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen bzw. was geschieht nicht mehr? Und: Warum umfasst eine offensichtlich relativ erfolgreiche Schule nur vier Schuljahre?

IGLU: Die Grundschule hat ihre Hausaufgaben gemacht!

Den aktuellen internationalen Vergleichsstudien zufolge ist die Grundschule die erfolgreichste Schulart Deutschlands. Lagen bereits in der ersten IGLU-Studie 2001 die Viertklässler an deutschen Grundschulen im oberen Mittelfeld, konnten sie zur zweiten Studie 2006 ihre Lesekompetenz um 9 Punkte signifikant ausbauen. Gleichzeitig gelingt es der Grundschule, die Streuung zwischen den leistungsstärksten und -schwächsten Kindern relativ gering zu halten. Das gelingt bei den 15-Jährigen beides in nicht zufriedenstellender Weise (vgl. Bos et al. 2007).

Dennoch findet sich auch hier wie bei den 15-Jährigen die enge Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzstufe. Die kompensatorischen Wirkungen sind noch nicht ausreichend. Und obwohl die Grundschule als reformorientierte Schule gilt, was die Unterrichtsgestaltung angeht, finden individuelle Förderung, selbstbestimmter Unterricht, Differenzierung und Individualisierung zu wenig statt. Im Vergleich zur Sekundarstufe I ist festzustellen,

dass sich die „schon in der Grundschule angelegten Disparitäten ... im Sekundarbereich erheblich verstärken. Das ist weltweit der Fall. Wie die oben berichteten Daten belegen, prägen sich allerdings in Deutschland in der Sekundarstufe I derartige Disparitäten – wie die Streubreite der Leistungen und die Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern – weitaus stärker aus als in den meisten OECD-Staaten“ (Bos et al. 2007, 340).

So ziehen die Verantwortlichen der deutschen IGLU-Studie folgendes Resümee: „Die Grundschule hat ihre Hausaufgaben gemacht! Die Ergebnisse von IGLU 2006 können aber auch als Hinweis darauf gesehen werden, dass der Beschluss der KMK hinsichtlich der regelmäßigen Teilnahme an relevanten internationalen Schulleistungsuntersuchungen sinnvoll und erfolgreich ist sowie – zumindest für die Grundschule – zu einem systematischen Qualitätsmanagement im deutschen Schulwesen beitragen kann“ (Bos et al. 2007, 341).

Kritik am Übergang nach der Grundschule: Dreifaltigkeit der Begabung gibt es nicht.

In der derzeitigen schulstrukturellen Debatte wird insbesondere die frühe Selektion der Kinder nach der vierten Klasse kritisiert. Sie erfolgt außer in Deutschland nur noch im benachbarten Österreich und in einigen Schweizer Kantonen so früh. Das dreigliedrige Schulsystem wurde unterschiedlich begründet. Es gab die begabungstheoretische Begründung („Der praktisch begabte Schüler be-

sucht die Hauptschule, der theoretisch begabte Schüler besucht das Gymnasium...“), die schichtspezifische („Die Arbeiterklasse besucht die Hauptschule...“) oder die berufsfeldspezifische („Eher praktische Berufe sind für Hauptschüler geeignet...“). Diese Begründungen des dreigliedrigen Schulsystems sind undifferenziert und längst nicht mehr zeitgemäß. Die Grundschulpädagogin Renate Valtin bringt es auf den Punkt: „Unser dreigliedriges Schulsystem beruht auf dem Gedanken der Dreifaltigkeit der Begabung (der praktischen, der technischen und der abstrakten), wobei erschwerend hinzukommt, dass diese Begabungen als bildungsresistent angesehen werden, vor allem die praktischen. Diese Schulstruktur war funktional im 19. Jahrhundert für die Reproduktion des Ständestaates, ist aber ungeeignet für eine demokratische Wissensgesellschaft“ (Valtin 2006, 7). Weder gibt es „theoretische“ und „praktische“ Begabungen als einander getrennt gegenüber stehend, noch sind sie zehnjährigen Kindern wie eine Persönlichkeitseigenschaft eindeutig zuzuordnen. Begabungen sind nicht einfach da und gemeinhin sichtbar, sondern sie entwickeln sich, wollen entdeckt und gefördert werden. Darüber hinaus gibt es in postmodernen Informationsgesellschaften kaum noch Berufe, in denen eine sogenannte „praktische“ Begabung alleine ausreichend wäre. Und andererseits macht die reine Anhäufung von sogenanntem „trägem“ Wissen ohne Anwendung in konkreten Handlungsfeldern wenig Sinn. Die Auslese im Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schularten erzeugt in diesen Schularten nicht die erhofften gleichen Lernvoraussetzungen und Leistungsmöglichkeiten. Es gibt erhebliche, in der Sprache der Bildungsforschung Überlappungen genannte, Überschneidungen der Leistungen.

sind geprägt von sozialer Herkunft und anderen sachfremden Erwägungen. Bereits in der TIMSS-Studie wurde nachgewiesen, dass z.B. 40 Prozent der Realschüler den Kernbereich gymnasialer Mathematikleistungen erreichen.

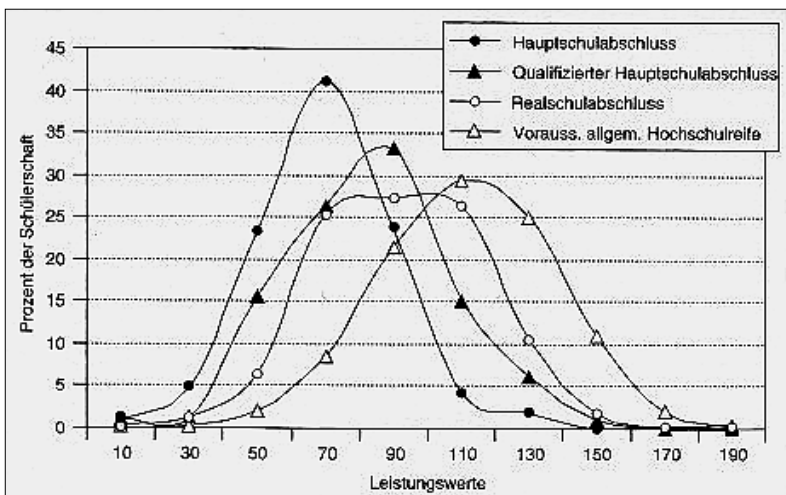
Trend weg von der Hauptschule, Trend hin zum Gymnasium

In der neuesten IGLU-Studie wird dieser Sachverhalt erneut bestätigt: Diesmal wurden Lehrer/innen und Eltern danach gefragt, welche Schullaufbahn sie für das jeweilige Kind bevorzugen. Insgesamt konnte ein deutlicher Trend sowohl bei den Lehrer/innen als auch bei den Eltern weg von der Hauptschule hin zum Gymnasium festgestellt werden: Sprachen die Lehrer/innen 2001 noch bei 29,3 Prozent der Schüler/innen eine Hauptschul- und für 34,9 Prozent eine Gymnasialempfehlung aus, so sind es 2006 ca. 5 Prozent weniger Hauptschul- und dafür ca. 5 Prozent mehr Gymnasialempfehlungen. Bei den Eltern hat sich die Schullaufbahnpräferenz für ihr Kind in den fünf Jahren sogar um ca. 7 Prozent verschoben: nur noch 14,7 Prozent der Eltern sprechen sich für den Hauptschulbildungsgang aus und 47,3 Prozent für das Gymnasium (vgl. Bos et al. 2007, 276).

Vergleicht man die Schullaufbahneempfehlung der Lehrkräfte mit den Leseleistungen, die die Schüler/innen in IGLU 2006 erbracht haben, so kann man auch hier eine erhebliche Überlappung feststellen. Unter den Schüler/innen, die eine Haupt- oder Realschulempfehlung erhalten, befindet sich eine erhebliche Anzahl, die aufgrund ihrer Lesekompetenz eine höhere Schullaufbahneempfehlung erhalten könnte. Umgekehrt verfügt ca. ein Drittel der Schüler/innen mit Gymnasialempfehlung nicht über eine angemessene Lesekompetenz.

Setzt man die erreichte Lesekompetenz mit der sozialen Lage der Familien in Zusammenhang, so zeigen sich deutliche gruppenspezifische Unterschiede: „Während Kinder aus Familien der oberen Dienstklasse bereits mit einer Lesekompetenz, die elf Punkte unterhalb des deutschen Mittelwertes von 548 liegt, gute Chancen auf eine Gymnasialpräferenz ihre Lehrkräfte haben, benötigen Kinder von un- und angelernten Arbeitern 614 Punkte – dieser Wert liegt zwei Drittel einer Standardabweichung über dem deutschen Mittelwert“ (Bos et al. 2007, 288. Auch andere Studien belegen solche Befunde). Die Bildungsforscher machen damit eine dreifache Benachteiligung von Schüler/innen aus bildungsfernen Herkunftsfamilien aus: „Diese Kinder verfügen über niedrigere schulische Kompetenzen (primäre Herkunftseffekte), erhalten bei gleichen Leistungen schlechtere Beurteilungen (Noten und Schullaufbahnpräferenzen) von ihren Lehrern und werden bei gleichen Leistungen und gleichen Beurteilungen von ihren Eltern eher auf eine niedrigere Schulform geschickt“ (Bos et al. 2007, 292).

Dennoch ist es der Grundschule – im Gegensatz zu den Sekundarschulen – seit 2001 gelungen, sowohl



Überlappungsbereiche der Schularten am Beispiel der TIMS-Studie (Baumert u.a. 2000)

Die Studien belegen, dass Schüler/innen mit denselben Leistungen völlig unterschiedlichen weiterführenden Schularten zugewiesen werden. Die Grundschulempfehlungen beruhen nur teilweise auf der Leistungsfähigkeit der Schüler/innen, sie

die Lesekompetenz der Kinder insgesamt zu steigern als auch die soziale Selektivität zu reduzieren. Die Maßnahmen der vergangenen Jahre waren also wirksam (vgl. Bos et al. 2007).

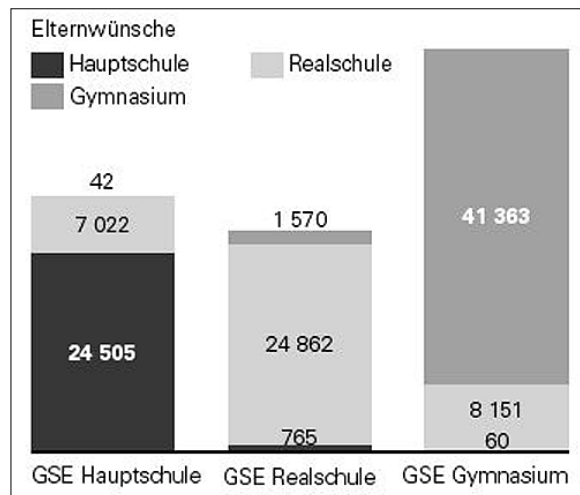
Die Schullaufbahnentscheidung ist eine bedeutende Weichenstellung für die weiteren Lebenschancen des Kindes

Übergänge gehören zum Leben und stellen als so genannte „kritische Lebensereignisse“ wichtige Entwicklungsschritte oder Entwicklungsaufgaben dar. Dazu gehören beispielsweise der Übergang von der Familienerziehung in pädagogische Institutionen und der Eintritt von der Ausbildung in das Berufsleben. Ob die mit erheblichen Hürden versehenen Übergänge, die das deutsche Bildungswesen für sechs- und zehnjährige Kinder vorsieht, für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung wirklich notwendig sind, ist fraglich, da das Scheitern für einen Teil der betroffenen Kindern vorgesehen ist (Zurückstellungsquoten zum Schulanfang, Übergangsquoten in die Hauptschule).

Zur Wirkung der frühen Selektion auf Eltern, Lehrer/innen und Kinder sind mir keine empirischen Studien bekannt. Dennoch ist unbestritten, dass die anstehende Grundschulempfehlung das Klima ab der dritten Grundschulklasse immer stärker beherrscht (Teumer-Schwaderer 2006). Die Lehrer/innen vollbringen einen Spagat zwischen ihrem Integrationsanspruch, alle Kinder zu fördern und für eine konkurrenzfreie und angstfreie Lernatmosphäre im Klassenzimmer zu sorgen, und andererseits den Anforderungen, möglichst gut abgesicherte und valide Schullaufbahnentscheidungen für jedes einzelne Kind in der Mitte des vierten Schuljahres zu treffen und diese dann Eltern und Kind gleichermaßen zu vermitteln (Kucharz 2006). Insbesondere in Baden-Württemberg obliegt dieser Entscheidung ein besonderes Gewicht, da sie bindend für den Übergang ist. In zahlreichen anderen Bundesländern werden zwar Grundschulempfehlungen ausgesprochen, über die Schulwahl entscheiden aber letztlich die Eltern.

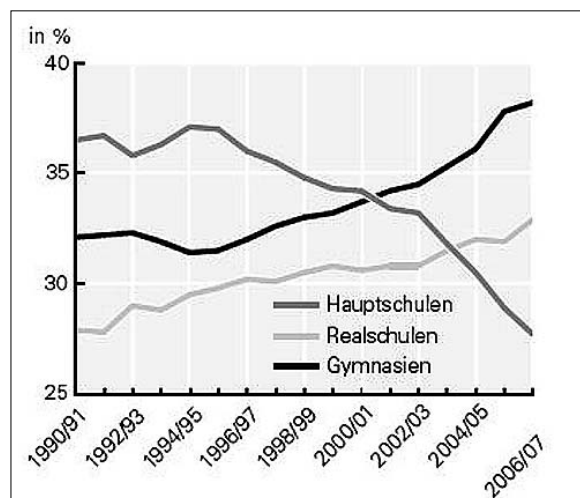
In der IGLU-Studie wurde festgestellt, dass sich die Schullaufbahnpräferenzen von Lehrer/innen und Eltern unterscheiden und dass dieser Unterschied seit 2001 zugenommen hat. Insbesondere Eltern, die nach dem EPG-Index der oberen Dienstklasse angehören, geben sich mit einer abweichenden Empfehlung durch die Lehrkraft nicht so leicht zufrieden (vgl. Bos et al 2007, 288). Hier sind schwierige und für alle Beteiligten belastende Auseinandersetzungen zu führen.

Für die Kinder ist das Klima der Konkurrenz erheblich belastend, insbesondere für die, die keine Gymnasialempfehlung erwarten können. So wundert der Befund wenig, dass die Kinder mit Hauptschulempfehlung in der 5. Klasse zunächst aufatmen, weil der negative Druck des Versagens vorerst weggefallen ist (IFS Dortmund).



Grundschulempfehlung (GSE) und Elternwunsch zum Schuljahr 2006/2007
 Datenquelle: Schulstatistik

Von den Eltern wird die Schullaufbahnentscheidung am Ende der vierten Klasse als bedeutende Weichenstellung für die weiteren Lebenschancen ihres Kindes gesehen – zu Recht. Die Abschlüsse, die die drei Schularten vergeben, sind nicht gleichwertig und das Abitur ermöglicht die größten Chancen. Da Eltern in der Regel das Beste für ihr Kind wollen, ist es durchaus nachvollziehbar, dass sie für ihr Kind einen möglichst hohen Bildungsabschluss möchten. Theoretisch kann die Hochschulreife später noch nachgeholt werden. Dieser Weg ist aber umständlicher und schwieriger zu bewältigen. Gesamtgesellschaftlich gesehen ist die gestiegene Bildungsaspiration von Eltern durchaus erwünscht: Deutschland braucht angesichts des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels deutlich mehr Jugendliche mit höherem Bildungsabschluss.



Übergänge von Grundschulen auf weiterführende Schulen seit dem Schuljahr 1990/91
 (ohne integrierte Schulformen und Sonderschulen sowie Wiederholer und Schüler der Klassenstufe 4 ohne Grundschulempfehlung)
 Datenquelle: Schulstatistik

Im längeren gemeinsamen Lernen stecken viele Chancen

Trotz des Auslesedruckes ab der Hälfte der Grundschulzeit, der vor allem für leistungsschwächere Schüler/innen mit negativen Emotionen verbunden ist und damit Lernen eher behindert (so Erkenntnisse der Gehirnforschung, Spitzer 2007), erreichen die Viertklässler gute Werte in der Lesekompetenz. Wie gut könnte sich diese Kompetenz erst entwickeln, wenn Kinder, Lehrer/innen und Eltern frei von diesem Druck gemeinsam und individualisiert weiter lernen könnten – noch zwei oder gar fünf weitere Jahre? Gleichzeitig könnte die Sozialkompetenz erweitert werden, wenn Kinder und Jugendliche verschiedenster Herkunft bis über die Pubertät hinaus miteinander leben und lernen, sich miteinander auseinandersetzen.

Welche Chancen stecken in einer gemeinsamen sechs-, neun- oder zehnjährigen Schulzeit für alle Kinder? Der Auslesedruck fiele weg und die Lehrkräfte könnten sich auf die Aufgabe der Integration und Förderung konzentrieren. Schüler/innen könnten sich in einer angstfreien und anregungsreichen Lernumgebung entwickeln und ihre Lernpotentiale ausschöpfen. Die Ausbildung der Lehrer/innen könnte sich darauf konzentrieren, Diagnose- und Förderkompetenzen anzubahnen und individuelle und differenzierte Lernangebote hätten eine größere Chance sich durchzusetzen.

Das sind hohe Anforderungen, die an Schüler/innen wie Lehrer/innen gestellt werden, aber die Grundschulpädagogik scheint dabei auf dem richtigen Weg zu sein. Auch Schulen wie die Bielefelder Laborschule, die Helene-Lange-Schule Wiesbaden oder die Reformschule Kassel tun dies bereits seit Jahrzehnten erfolgreich.

Literatur:

- Baumert, J. et al. (2000): *TIMSS/III. Dritte internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Mathematische und naturwissenschaftliche Bildung am Ende der Schullaufbahn. Bd. 2. Opladen: Leske und Budrich.*
- Bos, W. et al. (Hrsg.) (2007): *IGLU 2006. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster u.a.: Waxmann.*
- Fend, H./Georg, W. (2008): *LIFE: Lebensläufe von der frühen Kindheit ins frühe Erwachsenenalter. URL: <http://www.paedwork.unizh.ch/pp11/follow-up/>*
- Heyer, P./ Sack, L./ Preuss-Lausitz, U. (Hrsg.) (2003): *Länger gemeinsam lernen. Positionen – Forschungsergebnisse – Beispiele. Frankfurt a.M.: Arbeitskreis Grundschule - Der Grundschulverband.*
- Kucharz, D. (2006): *Wozu ist die Grundschule da? Grundschule zwischen Integration und Selektion. In: Lehren und Lernen 32 (2006) 2, S. 12-17.*
- Spitzer, M. (2007): *Lernen. Gehirnforschung und die Schule des Lebens. Heidelberg: Spektrum.*
- Teumer-Schwaderer, G. (2006): *Wege im Dilemma: Eine „Klassengesellschaft“ zwischen Integration und Selektion. In: Lehren und Lernen 32 (2006) 2, S. 24-26.*
- Valtin, R. (2006): *Grundschule – die Schule der Nation. Überlegungen zum Bildungsauftrag der Grundschule. In: Lehren und Lernen 32 (2006) 2, S. 4-11.*

Schicksal Schule: Die Grundschulempfehlung

Grundschule – und dann? Das System des baden-württembergischen Übergangsverfahrens, die Auslese der Schüler/innen, ist eine enorme Belastungsprobe für die Lehrer/innen. Corinna Blume berichtet aus dem Alltag einer Grundschullehrerin.



Corinna Blume unterrichtet an der Anne-Frank-Schule in Karlsruhe. Sie ist stellvertretende Kreisvorsitzende der GEW Karlsruhe und Mitglied in der Landesfachgruppe Grundschulen.

Um 12 Uhr 15 ist es soweit. Die Klassenlehrerinnen der 4. Klassen setzen sich mit ihrem Schulleiter zusammen und beraten: Wie sehen die Notendurchschnitte in Mathematik und Deutsch aus? Ein Schüler, eine Schülerin nach der anderen wird durchgesprochen und die Entscheidung über die Grundschulempfehlung getroffen, auf die Eltern und Schüler vier Jahre gewartet haben. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Schulleiters den Ausschlag, selbst wenn er die Schüler/innen nie unterrichtet hat.

Dann kommt mein Franz dran (Name bekannt, hier geändert). Klarer Fall: Schnitt in Mathe und Deutsch ist 3,2. Bei 3,0 wäre es ja noch Realschule gewesen, aber so? Eindeutig: Hauptschule. Ich darf es ihm mitteilen: Tränen. Enttäuschung der Eltern. Es gibt noch Hoffnung: das Beratungsverfahren. Das allerdings bestätigt das Ergebnis der Grundschulempfehlung nochmals. Für Franz heißt das die Aufnahmeprüfung mitmachen, da seine Eltern ihn unbedingt auf die Realschule schicken wollen. Aber auch hier

kein Erfolg. Da gibt es nichts mehr dran zu rütteln: Hauptschule! Zwei Jahre später treffe ich Franz wieder. Er strahlt. Er hat es geschafft und kann aus der Hauptschule in die Realschule wechseln – und findet dort den Anschluss!

„Non, je n’y crois pas!“ „Nein, das glaube ich nicht“ sagt Sophie, meine Tandemlehrerin im Französisch-Seminar in Nancy, als sie von mir erfährt, dass in Deutschland die Kinder im Alter von 10 Jahren in drei verschiedene Schulwege aufgeteilt werden. „Ihr trennt die Schüler/innen schon nach der vierten Klasse? Da sind sie doch erst zehn Jahre alt. Da fängt die schulische Entwicklung doch erst an!“ Das baden-württembergische Übergangsverfahren bleibt ihr und ihren Kolleginnen trotz meiner Erklärungen völlig unverständlich. Nicht nur in Frankreich, auch aus anderen europäischen Ländern kennen sie das nicht. Für sie ist es selbstverständlich, dass Schüler/innen eine längere Zeit gemeinsam in der Schule verbringen.

Das System des baden-württembergischen Übergangsverfahrens, die Auslese der Schüler/innen, ist eine enorme Belastungsprobe für die Lehrer/innen. Ich unterrichte zur Zeit eine dritte Klasse. Mit den Schüler/innen arbeite ich seit dem ersten Schuljahr zusammen. Als Erstklässler begann jedes Kind, sich in der Klassengemeinschaft zurechtzufinden. Sie lernen, sich in ihrer Unterschiedlichkeit zu akzeptieren und wertzuschätzen. Jede Schülerin und jeder Schüler hat eine andere soziale Herkunft, jeder und jede hat andere Lernvoraussetzungen. Die ersten beiden Schuljahre sind ein Ankommen in der Schule, einem System, das sie nicht kennen und in dem sie sich zurechtfinden müssen. Sie sind konfrontiert mit den verschiedensten Anforderungen, die sie bewältigen müssen und mit differenzierten Arbeitsformen, die sie kennen lernen. In diesen ersten Schuljahren können auch Unterstützungssysteme für einzelne Schüler/innen aufgebaut werden.

Aber schon auf dem Elternabend der ersten Klasse wurde ich von Eltern gefragt, wie es mit ihren Kindern stünde, ob sie vielleicht auf das Gymnasium gehen können oder nicht. So steht die Frage, welche weiterführende Schule – nur nicht die Hauptschule – denn möglich sei, von Beginn der Grundschule an im Vordergrund.

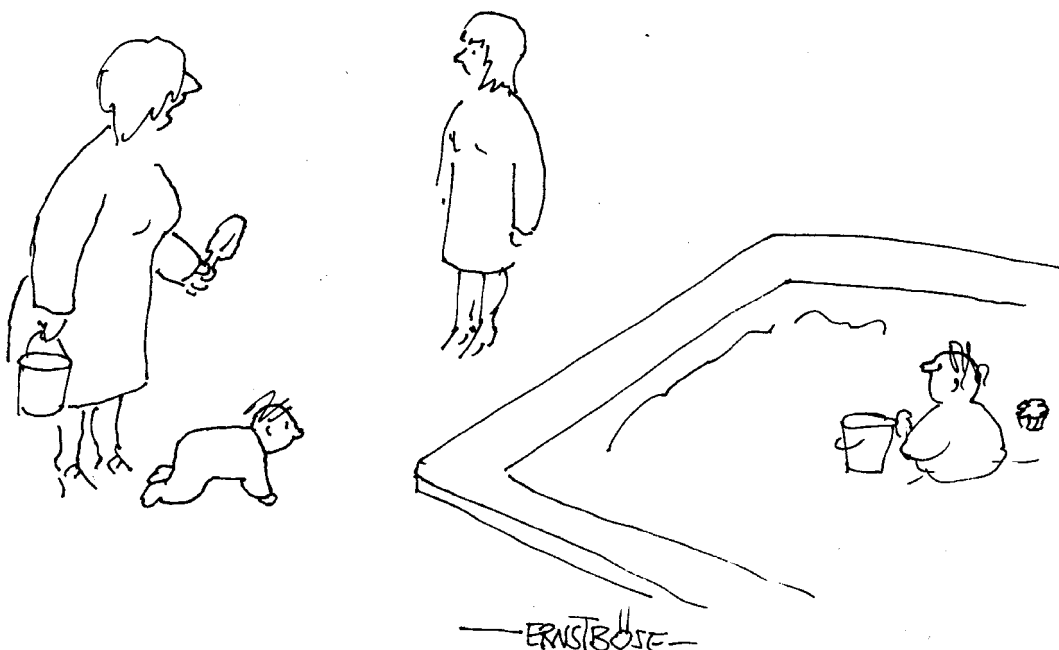
In der dritten Klasse merke ich das verstärkt. Auch über die Schüler/innen teilt sich dies mit. Ihre Frage nach Noten, ihr Bestehen darauf, dass es doch für alles eine Note geben müsse, zeigt, wie die Diskussion über die weitere Schullaufbahn im Elternhaus und unter den Schüler/innen geführt wird. Es entsteht ein Leistungsdruck, bei dem nicht mehr die Freude am Lernen und das Interesse am Gegenstand im Vordergrund stehen, sondern die Vorstellung, möglichst gute Noten zu bekommen. Die Schüler/innen zeigen nicht mehr stolz ihre Ergebnisse, sondern sind nur darauf bedacht, ihre Note zu erfahren. Das befördert

auch, dass sich die Schüler/innen bei schlechten Noten als Verlierer sehen. Wissensdurst, Wissensdrang, die Freude über eigene neue Kompetenzerfolge, über unerwartete Einsichten bleiben auf der Strecke. Die Kooperation der Schüler/innen untereinander, das gemeinsame Arbeiten an Fragestellungen tritt in den Hintergrund zugunsten einer Konkurrenzhaltung, die nicht nur gemeinsame Arbeit sondern auch den Schulerfolg mindert und infrage stellt.

Schon auf dem Elternabend der ersten Klasse wurde ich von Eltern gefragt, wie es mit ihren Kindern stünde, ob sie vielleicht auf das Gymnasium gehen können oder nicht.

Spätestens nach der Grundschulempfehlung ziehen sich die Schüler/innen mit Hauptschulempfehlung leistungsmäßig zurück. Sie bleiben sowieso, was sollen sie sich noch anstrengen? Sie haben keine Mitsprachemöglichkeit und stehen dem Übergang, der für sie die Weichen für ihre Zukunft stellt, ohnmächtig gegenüber. Bis dahin haben sie die Leistung erbracht, die sie aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit erbringen konnten. Nun werden sie einsortiert: „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“. Über Franz hat der Notendurchschnitt von 3,2 entschieden. Dass er bei 2,5 oder sogar 2,0 hätte landen können, wenn ich in meiner Klasse mit 26 Schülern und Schülerinnen mehr Zeit für ihn gehabt hätte, kann ihn nicht trösten, erreicht ihn gar nicht. Von mir als Lehrerin wird aber erwartet, dass ich den Schüler/innen, die in der Hauptschule verbleiben werden, beibringen soll, ihr Schicksal ohne Konflikte zu akzeptieren.

Wie soll ich als Lehrerin darüber entscheiden, ob eine Schülerin oder ein Schüler mit einem Notendurchschnitt von 2,5 die Realschule oder doch auch das Gymnasium wählen kann? Die Hoffnung der Eltern,



Ist das der Sandkasten fürs Gymnasium?

von mir als Lehrerin eine tragfähige, gerechte Empfehlung erhalten zu können, schlägt mir entgegen. Es ist aber nicht vorhersehbar, wie sich die Schülerin oder der Schüler schulisch entwickeln wird. Da sind Möglichkeiten vorhanden, die bei dieser frühen Selektion nicht ausgeschöpft werden können. Fehlentscheidungen werden selten korrigiert. Sie können auch nicht durch eine Stimmenmehrheit mithilfe des Votums des Schulleiters, der Schulleiterin vermieden werden. Der Sprung aus der Hauptschule in die Realschule oder auf das Gymnasium ist zwar formal offen aber de facto mit solchen Hürden belastet, dass er nur in seltenen Fällen zu leisten ist.

Ein guter Notendurchschnitt verbreitet oft einen trügerischen Schein. Die raue Wirklichkeit der weiterführenden Schule mit bis zu 33 Schülern in Realschule und Gymnasium zerstört dann oft die Ambitionen der Eltern und ihrer Kinder. Die Schülerinnen und Schüler, die dann zurückgeschult werden, müssen alleine eine hohe Frustration abbauen. Jetzt sind

sie endgültig im „Abseits“, in der Hauptschule gelandet. Die Kolleg/innen in der Hauptschule sind darum wirklich nicht zu beneiden.

Die Urteilsverkündung des „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“ – vor meiner Klasse zu stehen und es diesen jungen Menschen ins Gesicht sagen, dies als Lehrerin mittragen zu müssen – das schluckt viel Kraft und Energie. Sie wäre anderweitig, z.B. in der Förderung der Schüler/innen wesentlich besser eingesetzt.

Als Lehrerin in der Grundschule sehe ich, dass durch die frühzeitige Festlegung der Bildungswege viele Kinder um ihre individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gebracht werden. Für mich liegt es nahe, dieses Übergangsverfahren aufzugeben. Zugunsten einer längeren gemeinsamen Lernzeit, in der die Heterogenität der Kinder beachtet wird und sie ungeachtet ihrer sozialen Herkunft gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen erhalten.

Grundschulbefehl nicht akzeptabel

Grundschule – und dann? Wie bewerten Eltern die Grundschulempfehlung? Waltraud Berndt-Mohr ist stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises der Gesamtelternbeiräte in Baden-Württemberg. Sie will, dass die Eltern über die Schullaufbahn entscheiden.

Eltern sind Experten für ihre Kinder. Sie kennen die Stärken und Schwächen ihrer Kinder sehr genau und können sehr wohl einschätzen, was diese in schulischer Hinsicht leisten können und was man ihnen zumuten kann. Sie möchten mitentscheiden, wenn es um den zukünftigen Bildungsweg ihres Kindes und damit um dessen Zukunft geht. Für viele kommt die Entscheidung über die weitere schulische Laufbahn viel zu früh. Das trifft insbesondere auf Eltern von Jungen zu. Ein nicht geringer Teil der Eltern wählt dann auch, um ihre Kinder nicht schon in frühen Jahren zu überfordern oder durch eine Fehlentscheidung zu entmutigen, die niedrigere der empfohlenen Schularten. Sie hoffen, dadurch für ihre Kinder Zeit zu gewinnen und dass diese später über die beruflichen Schulen einen höheren Bildungsabschluss erlangen. Für viele Eltern käme es allerdings einer Katastrophe nahe, wenn ihr Kind „nur“ eine Hauptschulempfehlung bekäme. Daher investieren Eltern bereits im Vorfeld sehr viel Zeit und auch Geld in Förderung, um diese Empfehlung zu verhindern. Kinder, deren Eltern dies nicht leisten können, geraten dabei ins Hintertreffen. Die soziale Auslese beginnt! So nimmt schon ab dem Ende der zweiten Klasse der Druck auf die Schüler, auch seitens des Elternhauses drastisch zu.

Dies alles ist nur in einem selektiven Schulsystem in diesem Ausmaß möglich. Aus unserer Sicht gibt es deshalb nur eine Lösung: Eine 10-jährige gemeinsa-

me (Grund)Schulzeit, in der alle Kinder miteinander und voneinander lernen und entsprechend ihrer Begabungen gefordert und gefördert werden. Alle Kinder erwerben einen der heutigen Mittleren Reife entsprechenden Schulabschluss. Danach entscheiden sich die Jugendlichen mit ihren Eltern zusammen für eine berufliche Ausbildung bzw. für eine weitere schulische Laufbahn bis hin zum Abitur.

In einem Schulsystem, wie wir vom Vorstand des AK GEB BW uns dies vorstellen und wünschen, stellt sich das Problem einer Grundschulempfehlung nicht. In der heutigen Situation wird in Baden-Württemberg das Schulrecht über das in der Verfassung festgeschriebene primäre Erziehungs- und Bildungsrecht der Eltern gestellt. Das ist schlichtweg verfassungswidrig. Ideal wäre es, wenn Elternhaus und Schule zu einer gemeinsamen Bildungsempfehlung finden würden. Die gängige Praxis – Lehrer berät und Eltern müssen einverstanden sein oder auch nicht, gemacht wird in jedem Fall, was die Schule sagt – ist nicht akzeptabel. Kinder unter zehn Jahren, die bereits eine Ablehnung ihres Schulartenwunsches durch ihre Grundschule erfahren haben, in eine Aufnahmeprüfung zu zwingen ist unzumutbar. Die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn ihres Kindes sollte nach eingehender Beratung durch die Grundschule bei den Eltern liegen. Die gewählte Schule und Schulart darf nicht ablehnen sondern muss aufnehmen.

Den Eltern das letzte Wort geben

Grundschule – und dann? Einer professionellen, sachlichen, aber auch einfühlsamen Beurteilung werden Eltern kaum widersprechen. Sie wollen aber keine verpflichtende Empfehlung, meint die Vorsitzende des Landeselternbeirats, Christiane Staab, in unserem Interview.

b&w: Die Grundschulempfehlungen stehen unmittelbar bevor. Wie erleben Sie die GSE aus der Sicht betroffener Eltern, vor allem dann, wenn sie nicht wie gewünscht ausfällt oder gar „nur“ die Hauptschule empfohlen wird?

Staab: Zunächst ist zu sagen, dass die meisten Empfehlungen von den Eltern akzeptiert werden. Sie sind keine Momentaufnahme, sondern sollten das Ergebnis einer gemeinsamen Beobachtung der Lernentwicklung des Kindes über einen langen Zeitraum sein. Eltern beklagen sich allerdings über eine Fixierung auf den Notenschnitt. Ihnen ist nicht klar, wie z.B. Motivation, Arbeitsverhalten, Entwicklungspotenzial, Selbstorganisation gewertet werden. Wenn nur die Noten zählen, wird dies dem Kind nicht gerecht. So ist die Akzeptanz einer weniger gewünschten Schulart sehr gering. Dann versuchen Eltern, über das Beratungs- und Aufnahmeverfahren die gewünschte Empfehlung zu erreichen. Mit Sorge betrachten Eltern vor allem ab der dritten Klasse Lehrerwechsel und Klassenzusammenlegungen. Dann können Faktoren, welche über die Beobachtung des Kindes einfließen, nicht ausreichend berücksichtigt werden. Als Landeselternbeirat erfahren wir auch (häufig) über (die offensichtliche) Quotierung von Übergängen, damit Hauptschulen nicht ausbluten. Das ist inakzeptabel, so wird Vertrauen zerstört.

b&w: Was schlagen Sie vor, um den Druck von Kindern, Eltern und Kollegien zu nehmen, der die Grundschularbeit doch sehr beeinträchtigt?

Staab: Eltern müssen das Kindeswohl im Auge behalten. Allerdings haben sie manchmal unrealistische Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit ihrer Kinder. Der Druck auf Lehrer/innen ist häufig aufgrund mangelnder Transparenz hausgemacht. Alle Lehrer/innen sollten sich die Mühe machen, Eltern zum Ende der dritten Klasse in Ruhe das Schulsystem in Baden-Württemberg zu erklären. Einer professionellen, sachlichen aber auch einfühlsamen Beurteilung wird kaum jemand widersprechen. Wenn zwischen Klassenlehrer/in und Eltern Vertrauen aufgebaut wurde, wird es in den wenigsten Fällen zu einem Gezerre um das Kind kommen. Wichtig ist, dass Eltern erklärt wird, wie die Erfolgsvoraussetzungen an den weiterführenden Schulen aussehen. Überforderung ist genauso schlecht wie Unterforderung. Einem begabten Kind keine Chance auf einen gymnasialen Abschluss zu geben, weil es die „falschen“ (z.B. bildungsferne) Eltern hat, ist menschenverachtend. Der Druck bei den Kindern ist nach meinem Eindruck relativ gering, es sei denn, Eltern üben ihn aus.



Alle Eltern wünschen sich, dass ihr Kind die Hürde am Ende der vierten Klasse erfolgreich überspringt.

Foto: Imago

b&w: Was halten Sie davon, den Eltern letztlich die Entscheidung selbst zu überlassen, ggf. ein Kind gegen die Empfehlung der Grundschule oder einer gemeinsamen Bildungsempfehlung doch auf die Realschule oder das Gymnasium zu schicken, also Aufnahmeprüfungen abzuschaffen?

Staab: Die Abschaffung der verpflichtenden Empfehlung ist aus Gründen des Schutzes der Erziehungsrechte der Eltern wünschenswert. Allerdings muss zuvor genau untersucht werden, wie sich die Freiwilligkeit auf die Chancen von Mädchen und von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern auswirkt. Hier können engagierte Lehrer/innen über die Empfehlung durchaus Einfluss auf die Erzielung

eines höheren Bildungsabschlusses nehmen. Wenn Eltern die Empfehlung nicht akzeptieren, sollten sie im Interesse ihres Kindes ein Beratungsverfahren wählen. Diese „Gemeinsame Bildungsempfehlung“ würde ich auf keinen Fall abschaffen, da es durchaus sinnvoll sein kann, das Kind „von außen“ zu beobachten. Die Aufnahmeprüfung als Momentaufnahme sollte jedoch abgeschafft werden. Letztlich sind der Elternwunsch und vor allem der Kindeswunsch entscheidend. Leider vergessen viele, das Kind zu fragen.

Das Interview führte Bernd Rechel.

Übergänge auf den Prüfstand!

Grundschule – und dann? Für die frühe Selektion und das derzeitige Übergangsverfahren von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen gibt es keine seriösen Argumente mehr. Bernd Rechel fordert ernsthafte Reformen im „Kinderland Baden-Württemberg“.



Bernd Rechel ist Rektor einer Grundschule und Mitglied der GEW-Landesfachgruppe Grundschulen.

Wir nehmen den Kultusminister beim Wort. Er werde die Übergänge von der Grundschule auf die Sekundarschulen auf den Prüfstand stellen, sagte er der taz am 29.11.2007 mit Blick auf die aktuellen IGLU-Ergebnisse. Ein so großer Unterschied bei der Gymnasialempfehlung sei nicht gerechtfertigt. Erneut hatte die Studie die Fragwürdigkeit von Bildungsempfehlungen und frühen Ausleseverfahren deutlich gemacht. Wörtlich: „Bei gleichen kognitiven Fähigkeiten haben Kinder aus der oberen Dienstklasse (Akademiker, Gutverdiener) eine mehr als zweieinhalb so große Chance, von ihren Lehrern eine Gymnasialpräferenz zu erhalten als Kinder von Facharbeitern.“

Neu sind die empirischen Befunde, die belegen, wie früh Benachteiligungen einsetzen und wie schnell und massiv sie sich auswirken.

Dass unser Schulsystem nicht in der Lage ist, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen und Bildungschancen begabungsgerecht zu vergeben, ist keine neue Erkenntnis. Neu sind allenfalls die empirischen Befunde, die belegen, wie früh Benachteiligungen einsetzen und wie schnell und massiv sie sich auswirken.

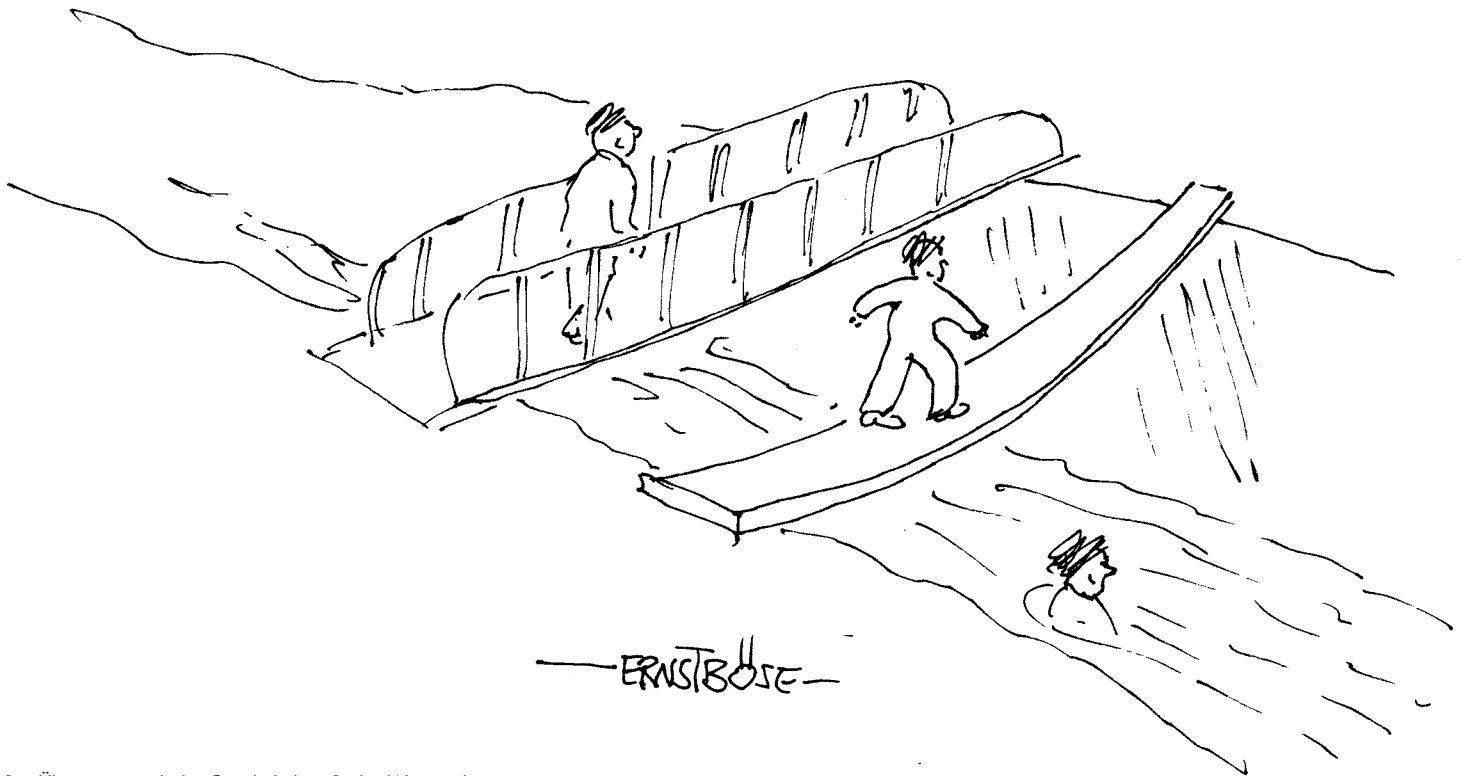
■ Bis zu zwölf Monate trennen bereits Dreijährige aus akademisch geprägten und sozial schwachen Familien bei Sprach- und anderen Tests, ermittelten englische Forscher in einer groß angelegten Studie. Und das dürfte bei uns kaum anders sein.

■ „Herkunft prägt – Herkunft entscheidet“ bestätigte die WorldVision-Kinderstudie des Meinungsforschungsinstituts Infratest Sozialforschung unter Mitarbeit des Jugendforschers Klaus Hurrelmann.

Kinder wachsen in getrennten Welten auf. Vielseitige Kids sind vorrangig Mädchen aus gehobenen Schichten, die Sport treiben, lesen und Musik machen. Medienkonsumenten sind die Jungen aus unteren Schichten, die sich auch weniger in Vereinen binden und integrieren lassen. Beängstigend ist die Spanne zwischen sehr gut situierten Kindern und ihren Altersgenossen, die unter sehr schlechten Bedingungen aufwachsen. Kein Wunder, dass schon Grundschulkindern ihre Zukunftschancen pessimistisch einschätzen.

■ „Je früher Schüler in unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden, umso größer ist der familiäre Einfluss auf die erzielten Schülerleistungen“, fasst Ludger Wößmann, Bildungsökonom und Abteilungsleiter am ifo (Institut für Wirtschaftsforschung) und damit gewiss kein GEW-Sympathisant, empirische Befunde zu Schulleistungsvergleichen zusammen. Die These, dass die frühe Trennung nach Begabungen lernförderlich sei, sei schlicht ein Irrtum. Seine Erkenntnis: „Eine spätere Aufteilung verringert die Ungleichheit der Chancen.“ Und: „Sie geht nicht auf Kosten des Leistungsniveaus.“

■ Statistisch belegt der eben erst erschienene erste Bildungsbericht für Baden-Württemberg die Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im vorschulischen und schulischen Bereich. Bei den weiterführenden Schularten waren im Schuljahr 2006/2007 an den Hauptschulen fast 30 Prozent aller Schüler Ausländer oder Aussiedler, bei den Realschulen betrug ihr Anteil etwas mehr als neun Prozent, an Gymnasien nur gut fünf Prozent. Fast ein Drittel der Abgänger ohne Abschluss sind Ausländer, das Abitur ist mit etwa drei Prozent der Abschluss mit dem geringsten Anteil an Ausländern.



Die Übergänge nach der Grundschule in Baden-Württemberg

Welchen Spagat Grundschullehrer/innen angesichts dieser Ausgangslage leisten, macht der Bericht unserer Kollegin Corinna Blume deutlich (S. 20-22). Er zeigt, wie enorm belastend das bestehende Übergangsverfahren ist, weil es durch den zunehmenden Leistungs- und Notendruck in den 3. und 4. Klassen die in den 1. und 2. Klassen aufgebaute Lernzuversicht gerade bei leistungsschwächeren Schülern zunichte macht. Wer Lehrerinnen und Lehrern persönlich die Misere früher Selektion und eines unzureichenden Übergangssystems anlastet, zeigt wenig Verständnis für das Dilemma, in dem sich Grundschulen befinden.

Der für die weiterführende Schule maßgebliche Notenschnitt wird vom Kultusministerium festgelegt – so problematisch und fragwürdig Noten auch sein mögen.

In aller Regel gehen die Kollegien sorgsam, verantwortlich und mit großem persönlichen Engagement mit den Grundschulempfehlungen um. Sie informieren frühzeitig und beraten intensiv und umfassend unter Einbeziehung aller für die Lern- und Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes maßgeblichen Faktoren und keineswegs nur mit Blick auf den Notenschnitt. Der aber ist der vom Kultusministerium festgelegte und juristisch letztlich verbindliche Maßstab für die Grundschulempfehlung, so problematisch und fragwürdig Noten auch sein mögen. Menschenverachtend geht hier gewiss niemand vor. Menschenverachtend ist allenfalls ein System, das Kindern nicht wirklich gleiche Bildungschancen ermöglicht.

Fazit ist: Für die frühe Selektion und das derzeitige Übergangsverfahren von zehnjährigen Kindern gibt es keine seriösen Argumente mehr. Zu warten, bis Ende 2008 die nationale Auswertung der IGLU-Ergebnisse vorliegt, wie der Kultusminister vorschlägt, ist unverantwortlich. Längst überfällig sind

- Abschaffung der Grundschulempfehlung und der Aufnahmeprüfung in der bestehenden Form
- Übergangsentscheidungen in Elternverantwortung nach eingehendem Beratungsverfahren
- Nachhaltige Verbesserung der individuellen Förderung im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich

- Erprobung von Formen längeren gemeinsamen Lernens in inklusiven Systemen, die auch Sonderschulen einschließen und Schluss machen mit der „deutschen Vierteilung“ des Schulsystems.
- Investitionen in frühe und früheste Präventionsmaßnahmen zur Unterstützung von Eltern, denn das Elternhaus entscheidet über den Bildungserfolg (Helmut Fend).

Wenn Baden-Württemberg wirklich zu einem Kinderland werden soll, brauchen wir ernsthafte Reformen. „In unserem hochselektiven Bildungssystem, das Karrierechancen nach sozialer Herkunft vergibt, bedingt soziale Armut Bildungsarmut. Mit dieser Situation darf sich niemand abfinden – kein Lehrer, kein Politiker. Nichts weniger als der soziale Frieden und die Zukunft unserer Gesellschaft stehen auf dem Spiel“, so Thomas Krüger, Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks.